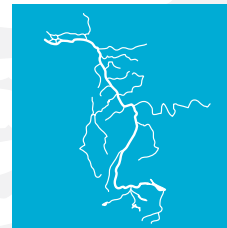


NEWSLETTER

Mitteilungen und Standpunkte der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet
Ausgabe 1 • August 2004

I A W R



Internationale
Arbeitsgemeinschaft
der Wasserwerke
im Rheineinzugsgebiet

Vision 2020: IAWR-Vorstand beschließt Konzept für die Zukunft



Vorstandssitzung der IAWR in Köln: Im Beisein von Vorstand und Geschäftsführern unterzeichnen die drei Präsidenten Eric Vreedenburg (RIWA), Helmut Haumann (IAWR und ARW) und Hans Mehlhorn (AWBR) ein Strategiepapier für die Zukunft der IAWR (vorne, von links).

Wie soll es weitergehen in der IAWR? Diese Frage beschäftigte die wichtigsten Gremien des Verbandes in den vergangenen Monaten in besonderem Maße. Derzeit stehen viele drängende Fragen auf der Agenda: Angefangen bei der Wasserrahmenrichtlinie der EU über Stoffe und Stoffgruppen im Rhein bis hin zu Benchmarking und Kostensenkung oder Restrukturierung im Wasserbereich.

Die Antwort gibt ein Papier, das hauptsächlich unter Federführung der Kollegen bei der RIWA in den Niederlanden entstanden ist, und das intensiv im Vorstand der IAWR sowie in anderen Gremien dis-

kutiert wurde: Die „Zukunftsvision 2020“ wurde bei einer Sitzung des IAWR-Vorstandes am 28. Juni 2004 in Köln offiziell verabschiedet und mit Unterschrift der drei Präsidenten in Kraft gesetzt. Hier die Kernthese: „Zukunftsvision der IAWR für das Jahr 2020 ist ein ökologisch intaktes Rheinstromgebiet und eine Gewässerqualität, welche die Herstellung eines einwandfreien Trinkwassers ohne bzw. mit einer natürlichen Aufbereitung ermöglicht. Naturfremde Stoffe, insbesondere solche, die sich nicht oder nur schwer abbauen oder gesundheitlich bedenklich sind, müssen von den für

die Trinkwassergewinnung genutzten Gewässern ferngehalten werden.“ Auf den Folgeseiten des Papiers finden sich dann teils sehr konkrete Ziele und Definitionen. Dazu gehört etwa eine Übersicht für künftige Aufgaben, ein Arbeitsplan für die kommenden vier Jahre und eine Organisationsübersicht der IAWR mit ihren Gremien Vorstand, Geschäftsführung, WK- und PR-Ausschuss sowie Biologen- und Analytikergruppe sowie Ziele für die Öffentlichkeitsarbeit. Wer sich für das Papier interessiert, kann es bei der IAWR-Geschäftsstelle unter der Email-Adresse „iawr@iawr.org“ kostenlos anfordern.

Auf ein Wort...

Vor Ihnen liegt die neue Ausgabe eines Newsletters, den die IAWR künftig wieder regelmäßig herausgeben wird. Dieser dient der gegenseitigen Information innerhalb der drei Schwesterverbände unter dem Dach der IAWR, ihrer angeschlossenen Mitgliedsunternehmen, und er soll natürlich auch interessierten Personen in unserem Umfeld zur Verfügung stehen.

Wir möchten in diesem Medium Standpunkte formulieren, über Projekte und Arbeiten Aufschluss geben, und wir möchten Ihnen in den Mitgliedsunternehmen auch die Arbeit dadurch erleichtern, dass Sie Sprachregelungen für anstehende aktuelle Themenbereiche erhalten. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre und freue mich über konstruktive Kritik an diesem neu belebten Medium!

Ihr

Helmut Haumann

Steckbrief IAWR:

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft der Trinkwasserwerke im Rheineinzugsgebiet, die IAWR, hat drei Mitgliedsorganisationen (die AWBR, die ARW und die RIWA), die in Teilen des Rheinstromgebiets aktiv sind. Insgesamt haben sich in diesen Organisationen etwa 120 Wasserwerke aus den Anrainerstaaten Österreich, Schweiz, Liechtenstein, Frankreich, Deutschland und den Niederlanden zusammengeschlossen.

Ihr Ziel ist es, den Rhein, seine Begleitgewässer und die Vorflüsse so zu schützen, dass die Gewässerqualität es erlaubt, mit lediglich natürlichen Aufbereitungsverfahren Trinkwasser zu gewinnen.

Aktuelle Stellungnahmen der IAWR:

Zwei Themen beschäftigen derzeit Vorstand und Fachausschüsse der IAWR in besonderem Maße: Zum einen gibt es Gespräche auf verschiedenen Ebenen zur Thematik „MTBE“. Dieser Bezin-zusatzstoff taucht immer wie-

der im Oberflächenwasser auf. Zum anderen beschäftigt sich die IAWR im Rahmen ihrer vorbeugenden Analytik mit den Rückständen von Arzneimitteln, um möglichst frühzeitig Aufschluss über Rückwirkungen zu bekommen.

MTBE

Seit einigen Jahren darf dem Benzin kein Blei mehr beige-mischt werden. Es wird ersetzt durch MTBE (methyl-tert-butylether), das in Konzentrationen zwischen 1% und 10% als Antiklopfmittel zugesetzt wird. Es ist ein sehr leicht flüchtiger Stoff, der gut wasserlöslich und persistent ist. Über Verdampfungen beim Tanken, bei unvollständiger Verbrennung, Unfällen bei Lagerung und Transport und über Abwassereinleitungen gelangt MTBE aber auch in die Umwelt. Auch im Rhein können heute geringe Mengen nachgewiesen werden.

MTBE wird zwar als nicht toxisch eingestuft, die IAWR findet aber, dass MTBE als naturfremder Stoff, der darüber hinaus nicht leicht mikrobiell abbaubar ist, in den Gewässern, die der Trinkwassergewinnung dienen, nichts zu suchen hat.

Die IAWR fordert daher, dass MTBE möglichst rasch durch umweltfreundlichere Alternativen ersetzt wird.

ARZNEIMITTEL

Eine der wichtigsten Aufgaben der IAWR und ihrer Mitglieder besteht in der Forschung. Dabei sucht man insbesondere nach Stoffen, die künftig Probleme in der Trinkwasserversorgung bereiten könnten. Die IAWR fungiert so als "Wächter", damit mögliche Qualitätsänderungen frühzeitig entdeckt werden und entsprechende Maßnahmen getroffen werden können.

Bei dieser Spurensuche wurde entdeckt, dass Arzneimittelrückstände und Röntgenkontrastmittel in geringen Mengen im Rheinwasser vorkommen. Offensichtlich werden derartige Stoffe in den Kläranlagen nicht völlig abgebaut. So wie beim MTBE (siehe links) ist auch dabei die IAWR der Meinung, dass derartige Stoffe nicht in die Gewässer gehören.

Die IAWR fordert daher, dass etwa in Krankenhäusern eine Vorreinigung von Abwässern stattfindet, bevor sie in den Kläranlagen eingeleitet werden. In der Öffentlichkeit sollte stärker darauf hingewiesen werden, dass Arzneimittelreste keinesfalls in die Toilette oder den Hausmüll gehören.



Abendstimmung am Niederrhein in Holland. Der Rhein ist die Lebensader einer Region mit fast 20 Millionen Menschen, die mittelbar oder unmittelbar auf das Rheingebiet als direkte oder indirekte Trinkwasserquelle angewiesen sind. Einträge durch Industrie

oder diffuse Quellen stellen die Wasserwerke am Rhein immer wieder vor neue Herausforderungen. Die Mitglieder der IAWR wachen unermüdlich darüber, die Trinkwasserversorgung auf hohem Niveau zu sichern und die Wasservorkommen zu schützen.

Wasserrahmenrichtlinie aus Sicht der IAWR

Im Dezember 2000 hat die EU die Wasserrahmenrichtlinie EU 60/2000 verabschiedet. Wesentlich neu dabei ist die Betrachtung von Flüssen, und somit auch vom Rhein, als einheitliche Stromgebiete statt staatlich abgegrenzte Flussstrecken. Kernpunkt der Richtlinie ist auch, dass ein guter ökologischer Zustand erreicht werden soll. Die Umsetzung in den Mitgliedsstaaten bringt sehr viel Arbeit. Die IAWR ist der Meinung, dass diese Richtlinie aus ökologischer Sicht zwar positive Auswirkungen haben kann, findet aber, dass der Trinkwasserversorgung zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Darin liegt eine ernsthafte Gefahr. Unter Druck von Kosten- und Zeitaufwand bei

der Umsetzung in den Mitgliedsstaaten werden Trinkwasserinteressen zu wenig berücksichtigt. So sind Stoffe, die für die Trinkwasserversorgung relevant sind, für die Rheinwasserökologie aber wenig Bedeutung haben, nicht oder nur sehr schwierig in den behördlichen Messprogrammen aufgenommen worden. Auch werden Qualitätsziele diskutiert, die zwar ökologisch akzeptabel sind (z. B. Herbizide wie Isoproturon), die aber Überschreitungen der IAWR-Memorandumwerte bedeuten.

Die IAWR hat ihre Besorgnisse zu diesen Themen sowohl in die IKS eingbracht als in einem Brief an die EU dargestellt.

Die Mailadresse der Geschäftsstelle IAWR:
iawr@iawr.org
Ihr schneller Kontakt zu Geschäftsführer FraJo Wirtz.

Aus den Verbänden: AWBR

Altlasten am Oberrhein

von Werner Aschwanden, Basel

Kein anderes Element verkörpert so sehr den Inbegriff des Lebens wie das Wasser. Oft findet es aber nicht die Beachtung, die ihm gebührt. Unsere Gewässer einschließlich des Grundwassers sind daher einer Vielzahl von Nutzungen und zivilisatorischen Einflüssen ausgesetzt, welche zu einer qualitativen Beeinträchtigung führen können. So sind heute im Großraum Basel (Dreiländereck) eine große Zahl von Kiesgruben und Deponien bekannt, in denen in der Vergangenheit Chemieabfälle abgelagert wurden.

Dank des großen Medieninteresses sowie der Veröffentlichung des Buches „Farben-

spiel“ von Martin Forter (Chronos-Verlag, 2000) sind die Altlastenproblematik und die daraus resultierenden Risiken in der Umgebung von Basel gut dokumentiert.

Im Jahr 2001 haben die ansässigen Chemiefirmen die Interessengemeinschaft „Deponiesicherheit Regio Basel“ gegründet und mit entsprechenden Abklärungen und Untersuchungsprogrammen begonnen. Bis in vier Jahren soll für zehn ausgewählte Standorte eine Gefährdungsabschätzung vorliegen.

Zu den nahe am Rhein liegenden Deponien gibt ein Zwischenbericht die folgenden Informationen: Bei der „Lips-

Grube“ in Weil am Rhein/ Deutschland sehen die Behörden keinen Abklärungsbedarf mehr. Bei der Kessler- und der Hirschackergrube in Grenzach/D hingegen kann eine Grundwassergefährdung nicht ausgeschlossen werden. Diese beiden Standorte werden deshalb behördlich weiter überwacht und untersucht.

In Baden und im Elsaß sind die in der Nähe des Rheins liegenden Altlasten-Standorte weniger gut bekannt. Einer davon ist beispielsweise das Schuttloch in Teningen, wo eine Kondensatorenfabrik und ein Aluminiumwalzwerk jahrzehntelang ihren Abfall ablagerten und so das Grundwasser u. a. mit Dioxin und PCB (polychlorierte

Biphenyle) beeinträchtigten.

Um einen besseren Überblick über die gefährdeten Bereiche zu bekommen, hat die Arbeitsgruppe „Oberrhein“ der AWBR beschlossen, an einer Universität eine Studienarbeit in Auftrag zu geben. Ziel dieser Arbeit ist es, die Altlastenstandorte am Oberrhein zu erheben und bezüglich einer möglichen Gefährdung des Rheins zu bewerten.

Bei denjenigen Deponien, bei denen eine potentielle Gefährdung für den Rhein nicht auszuschließen ist, wird die Arbeitsgruppe in der Folge sowohl die Kontroll- wie auch die Sanierungsvorhaben regelmäßig verfolgen und darüber Bericht erstatten.

Aus den Verbänden: ARW

NRW-Landesregierung führt Wasser-Entnahmeentgelt ein

Die in Nordrhein-Westfalen beschlossene Einführung eines Wasserentnahmeentgeltes wurde begründet mit

- einer ökologischen Steuerungsfunktion für einen noch sparsameren Umgang mit der Ressource Wasser,
- einer Vorteilsabschöpfung bei eben jenen, denen eine Wasserentnahme gestattet ist,
- der Finanzierung der ab 2006 für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie zu erwartenden Kosten.

In Wirklichkeit handelt es sich um eine zusätzliche „Wasser-Steuer“, die auch nicht zweckgebunden ist, sondern der allgemeinen Verwendung im Landeshaushalt dient. Den ökologischen Nutzen dieser zusätzlichen Wasser-Steuer verneinten die Sachverständigen in einer Anhörung vor den

Landtagsausschüssen für Umwelt und Wirtschaft am 18.12.2003. Es sind im Gegenteil mit einem politisch gewollten weiteren Wassersparkurs zunehmend Risiken verbunden:

- die vorhandene Infrastruktur stimmt nicht mehr;
- Stagnationen in Versorgungssystemen können zu qualitativen Problemen führen wie Aufkeimung und Aufkonzentrierung von Schwermetallen;
- ohne ausreichenden Wasserfluss funktioniert die Schwemmkanalisation nicht mehr mit der Folge erforderlicher künstlicher Kanalspülungen oder eines Chemikalieneinsatzes gegen Geruchsbildung;
- ein erforderlicher Rückbau von Infrastruktur gefährdet die lebenswichtige Bereit-

stellung von Löschwasser, wenn das Netz nicht mehr auskömmliche Querschnitte für den Feuerlöschbedarf sicherstellt,

- die Substitution von Trinkwasser durch Regenwasser gefährdet die hygienisch einwandfreie Versorgung über zentrale Systeme, weil unsachgemäße Verbindungen zwischen Brauch- und Trinkwassersystemen im privaten Bereich keiner auskömmlichen Kontrolle unterzogen werden können und bereits mehrfach solche Verbindungen zu Kontaminationen von Trinkwassernetzen geführt haben.

Nachhaltige Einspareffekte gibt es nicht, da alle Kapazitäten von den Versorgungsunternehmen für die Trockenperioden vorzuhalten sind, in denen die Regenwassernutzer

selbstverständlich nach Aufbrauchen des Regenwassers ihren Bedarf aus der öffentlichen Versorgung decken wollen. In einer ökologischen Bilanz schneidet die Regenwassernutzung im Haushalt als eine eigenständige Betriebswassernutzung ebenso defizitär ab wie in der ökonomischen. Das mag die nordrhein-westfälische Praxis begründen, warum Regenwassernutzungen jährlich mit zweistelligen Millionenbeträgen gefördert werden. Aber nicht einmal dem Hochwasserschutz nutzen diese Investitionen. Rechnerisch ließe sich ein Bruchteil eines Millimeters als Entlastung ermitteln, wären nicht die jüngsten Hochwässer des letzten Jahrzehnts im mitteleuropäischen Raum verursacht durch kleinräumige Starkniederschläge.

Aus den Verbänden: RIWA

„Emerging Substances“: Neue Problemstoffe

Die RIWA organisierte Mitte 2003 im eigenen Vorstandskreis einen Brainstorm, in dem über neue Aufgaben diskutiert wurde. Schlussfolgerung daraus war, dass mehr Kenntnis erwünscht wird über so genannte „neue Problemstoffe“, oder Emerging Substances. Derartige Stoffe umfassen nicht nur neue Zulassungen und Anwendungen, die erst jetzt als neue Verunreinigungen in den Gewässern auftauchen, sie umfassen auch Stoffe, die schon länger im Wasser vorkommen aber bis jetzt nicht nachgewiesen werden konnten, z.B. wegen unzureichender analytischer Möglichkeiten.

Problem Farbstoffe

Beispielsweise können genannt werden Geruchs- und Farbstoffe, Reinigungsmittel, Arzneimittel, hormonaktive Substanzen und Zusatzstoffe wie MTBE.

Impressum

Herausgeber:

Internationale Arbeitsgemeinschaft der Rheinwasserwerke e.V. (IAWR), Parkgürtel 24, 50823 Köln/Deutschland

Redaktion u. Layout:

Christoph Preuß,
PR-Gruppe IAWR

Fotos:

Preuß, Archiv WLB Amsterdam

Auflage Druck:

600

IAWR NEWSLETTER

erscheint in vier Sprachen und wird als Druckausgabe sowie als elektronisches Dokument veröffentlicht. Er steht neben den Mitgliedern der IAWR und ihrer Tochterverbände auch Interessenten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden zur Verfügung.

RIWA ist der Meinung, dass viele industrielle Einleitungen zwar ziemlich gut überwacht und erforscht werden, aber dass kommunale Kläranlagen eine immer wichtigere Quelle gerade dieser neueren Problemstoffe werden. Ähnliche Befunde kommen auch seitens der nationalen Wasserbehörden auf uns zu, und RIWA sucht daher nach Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Forschungsthemen, die seit dem Brainstorm im Gang gesetzt wurden sind:

- Charakterisierung von Einleitungen aus kommunalen Kläranlagen.

Es handelt sich hier um eine Literaturstudie, sowohl über chemische Stoffe als über mikrobielle Belastungen, wo inventarisiert werden soll welche potenziell bedenkliche naturfremde Stoffe/Mikroorganismen in den Abläufen vorkommen. Diese Studie wird gemeinsam mit der nationalen Wasserbehörde RIZA durchgeführt

- Intensivierung der Screeningverfahren zum Nachweis und Identifizierung von unbekanntem Stoffen und Kenntnisse sammeln über (unerwünschte) Eigenschaften.

Es handelt sich hier nicht um analytische Messverfahren, bei denen eine beschränkte Reihe von bekannten Stoffen nachgewiesen werden, sondern um breite Inventarisierungen sowie schon üblich zur zeitnahe Überwachung an der Entnahmestelle bei Hagestein (ehemalige Entnahmestelle der WRK, jetzt der Amsterdamer Wasserwerke WLB).

- Publizitätskampagne zu den „Emerging Substances“ Die Kläranlagen entlang den

Rhein werden von der nationalen Wasserbehörde Rijkswaterstaat betreut. Dort ist das Thema Emerging Substances mittlerweile bekannt. Die meisten Kläranlagen im niederländischen Teil des Rheinstromgebietes liegen aber an Nebenflüssen und kleineren Gewässern und werden von sonstigen Wasserbehörden betreut. Dort ist das Thema noch weitgehend unbekannt. Eine gezielte Kampagne könnte diese Unwissen reduzieren und könnte dazu führen, dass z.B. die Betriebsführung angepasst wird (weniger Überläufe).

Kooperation VEWIN

Eine weitere Aktivität seit diesem Brainstorm ist ein Gespräch, zusammen mit dem niederländischen Wasserverband VEWIN mit dem Staatssekretär Verkeeren Waterstaat (verantwortlich für Wassermanagement), unter anderem anlässlich der Niedrigwasserperiode im Sommer von 2003 und dadurch im Maas nachgewiesenen industriellen Verunreinigung.

Das hat dazu geführt, dass mittlerweile auf behördlicher Ebene studiert wird auf Möglichkeiten, um in Genehmigungen vorzuschreiben, dass die Einleitung bei Niedrigwasserperioden zu beschränken oder zu beenden ist. Während des gleichen Gesprächs wurden auch das IAWR-Memorandum und die IAWR-Besorgnisse zur Wasserrahmenrichtlinie präsentiert. Dies führte zu der Zusage, dass Wasserwerke / RIWA eingeladen werden, um teilzunehmen in den nationalen Arbeitsgruppen, in denen die Umsetzung der Richtlinie bearbeitet wird.